

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Niederbayern und Südböhmen

# Bayern will Repräsentanz in Prag gründen

Die Industrie- und Handelskammer Niederbayern in Passau begrüßt die Absicht der Staatsregierung, in Prag eine eigenständige Bayerische Repräsentanz zu errichten, wie der Freistaat sie in vielen Ländern bereits unterhält. Die IHK hofft, dass dies nach bewährter Weise in enger Zusammenarbeit mit der dortigen Auslandshandelskammer erfolgt.

Mit gut 50 Jahren Verspätung hat die politische Absicht zu „guten Beziehungen“ und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und dem Freistaat Bayern erst eingesetzt, aber seit einem Jahr ist sie weithin wieder eingeschlafen. Im Alltag ist in den letzten Jahren außer Beteuerungen guter Vorsätze und Absichten nicht viel vorangekommen, was etwa mit der Zusammenarbeit zwischen den Nachbarn Bayern und Österreich oder Österreich und Tschechien vergleichbar wäre.

## Gute Nachbarschaft leben

Die Verzögerungen gehen zum großen Teil auf interne Probleme in Tschechien zurück: Regierungskrise, Rücktritt, Neuwahlen, Regierungsbildung mit neuem Führungspersonal. Nun will Ministerpräsident Horst Seehofer die seit der Grenzöffnung vor 25 Jahren beiderseits gelobte „gute Nachbarschaft“ konkretisieren und auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder ankurbeln. Dafür will er in Prag eine Repräsentanz einrichten und die neue Europaministerin Beate Merk soll sich quasi als „Bayerische Außenministerin“ mit um die Beziehungen zu Tschechien kümmern. „Es stimmt nicht, dass in der Wirtschaft zwischen Tschechien und Bayern wenig läuft“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Walter Keilbart: „Aber es könnte zwischen Niederbayern und Südböhmen erheblich mehr vorangehen, wenn auf beiden Seiten von der Politik bessere Voraussetzungen geschaffen würden. Wer die Region stärken will, muss auch die Infrastruktur verbessern – und das betrifft nicht nur den Verkehr!“



Wirtschaftliche Interessen Bayerns werden derzeit über die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer in Prag (Gebäude mit der Kuppel) vertreten. Aber noch in diesem Jahr wird die Vertretung Bayerns in Prag eröffnet. Sie wird künftig in der ersten Etage des Stadtpalais „Zur Goldenen Melone“ in der zentral gelegenen Michalská-Straße residieren (Bild links). Bayerns Europaministerin Beate Merk (CSU) posiert schon mal mit dem Türschild.

Darum findet die IHK-Niederbayern die Errichtung einer eigenen „Bayerischen Botschaft“ in Prag gut – als Anlauf-, Koordinations- und Beratungsstelle auch für Unternehmen. Die Politik in Prag habe leider bei der Verkehrsinfrastruktur bisher mehr Interesse an Nord-Süd-Magistralen gezeigt als an Straßen- und Bahnverbindungen in Ost-West-Richtung, sagt Keilbart: „Wir versuchen, das auszugleichen, so gut es uns in der IHK möglich ist. Allerdings ist auch Bayerns Staatsregierung nur um die Verbindung Oberpfalz-Westböhmen (Regensburg-Cham-Pilsen) bemüht und nicht um die zwischen Niederbayern und Südböhmen (Landschut-Passau-Budweis). Das erschwert eine bessere gemeinsame Entwicklung im Dreiländereck mit Oberösterreich.“

Im grenzüberschreitenden Verkehr wünscht die IHK sich „mehr

unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Verkehre“, sagt der Bereichsleiter für Internationales und Verkehr, Peter Sonnleitner: „Man könnte hier den LKW-Verkehr am Grenzübergang Bayerisch Eisenstein nicht nur auf 31,5 Tonnen beschränken, sondern ausbauen. Auch die Waldbahn von Plattling über Deggendorf sollte durchgehen bis Pilsen.“ Der Grenzübergang für Fußgänger und Radfahrer in Haidmühle sollte auch für PKWs und Karavans geöffnet werden, um auf der B 12 den Grenzverkehr über Philippsreut zu entlasten. Sonnleitner: „Man muss auch die Interessen der Nutzer berücksichtigen. Darum wäre es sinnvoll, auch Regionale Planungsverbände grenzüberschreitend auszuweiten.“

Nach einer Umfrage der IHK haben allein 88 niederbayerische Unternehmen rund 180 Millionen

Euro in Südböhmen investiert und beschäftigen dort 6700 Mitarbeiter. „Die Firmen expandieren zum Vorteil beider Seiten“, sagt Sonnleitner, „denn sie haben nicht einfach ihre Betriebe verlagert, sondern zusätzlich welche in Tschechien gegründet.“ Die tatsächlichen Zahlen sind noch deutlich höher, denn es gibt dort keine Meldepflicht dafür, sondern nur freiwillige Angaben. Vor 10 Jahren wurde die Kooperation zwischen der IHK Niederbayern und der Wirtschaft Südböhmens förmlich vereinbart. Allerdings gibt es dort auch keine Pflichtmitgliedschaft für die Firmen, viel Personalwechsel, daher wenig Kontinuität und Nachhaltigkeit.

Dennoch wurden Projekte durchgeführt, teilweise mit EU-Hilfe, etwa über moderne Lösungen für energetisches Bauen und Sanieren. „Da braucht man Kooperation beim Technologie-

Transfer“, sagt Sonnleitner: „Jede Kooperation im Ausland braucht gute Vorbereitung und viel Management-Kompetenz. Dafür bieten wir gemeinsam mit Oberösterreich Lehrgänge an. So wie wir da erfolgreich miteinander und voneinander lernen, könnte man es auch in Tschechien mit EU-Förderung praktizieren.“

## Kernproblem ist die Sprache

Ein wichtiges Kapitel bei der Zusammenarbeit über die Grenze ist für die IHK auch die Qualifikation der Mitarbeiter. Peter Sonnleitner: „Da muss man an der Basis anfangen. Da kann unsere duale Ausbildung ein Vorbild sein, weil sie mehr Praxisbezug hat. Ausbildung muss vor Ort passieren, das ist wichtig für Firmen wie Mitarbeiter!“

Hauptgeschäftsführer Keilbart weist jedoch auf ein Hindernis hin: „Das Kernproblem bei der Kooperation ist die Sprache.“ Da würde sich die IHK mehr Engagement im Kultusministerium für Schulen im Grenzgebiet wie in der Universität Passau wünschen. In Sport oder Musik gebe es zwar viele Begegnungen zwischen den Schulen. Keilbart: „Das ist schön, geht aber auch auf Englisch. Wichtiger wäre die Sprache der Nachbarn für den Beruf und die Sicherung der Lebensgrundlagen!“ Das gelte für Firmen wie für Tourismus in der Bayerwald-Böhmerwald-Region. Keilbart: „Als Partner der Karls-Universität Prag hätte die Uni Passau als Schnittstelle alle Möglichkeiten der Sprachvorbereitung für tschechische und andere Studenten aus Osteuropa, sowie für Fachkräfte deutscher Unternehmen, die sich dort engagieren.“

> HANNES BURGER

## BSZ-Fachthema

Bayerische Staatszeitung vom 2. 5. 2014:

## Versicherung & Vorsorge

u. a. mit diesen Themen:

- Firmen- & Gewerbehauptpflichtversicherungen
- Varianten der Berufsunfähigkeitsstarife

Anzeigenschluss: 17. 4. 2014

Weitere Informationen:

Liane Luther  
Tel. 089 / 29 01 42-56  
Fax 089 / 29 01 42-76

E-Mail: [anzeigen@bayerische-staatszeitung.de](mailto:anzeigen@bayerische-staatszeitung.de)

Wenn ein Planungsverband ohne Vorgaben plant – Region Nürnberg plagt Verunsicherung durch Landespolitik

# Viel Wind, viel Stromtrassen, viele Bürger, viel Leere

Fünf geplante „Bürgerwindräder“ in Mittelfranken – zwischen Lonnerstadt und Höchststadt/Aisch – könnten die ersten Opfer eines bayerischen Kabinettsbeschlusses dieser Woche sein.

Denn Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will die Vorgabe von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), dass die Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung zehnmal so groß sein müssen wie die Höhe der Windkraftanlage selbst, jetzt „zügig umsetzen“. Denn die Staatsregierung ist sich sicher, dass künftig im Baugesetzbuch des Bundes eine so genannte Länderöffnungsklausel stehen wird. Diese werde auch dem Freistaat freistellen, die Abstände zwi-

schen Windkraftanlagen und Häusern selbst festzusetzen.“ Einerseits wird damit der Sorge um das Landschaftsbild Rechnung getragen – gerade bei immer größer werdenden Anlagen. Andererseits bleibt die Chance einer wirtschaftlichen Energiewende gewahrt“, behauptet Herrmann.

Und auch einen „Vertrauensschutz für Investoren“ verkündete der Minister: Wer „vor dem 4. Februar 2014 bau- oder emissionschutzrechtliche Anträge auf Genehmigung vollständig eingereicht“ habe, dürfe seine Windräder wie beantragt bauen.

Das könnte das Aus für einen von Bürgern finanzierten Windpark bei Lonnerstadt im Landkreis Erlangen-Höchststadt bedeu-

ten. Wie Projektentwickler Erich Wust bestätigt, lagen der Genehmigungsbehörde im Landratsamt Erlangen-Höchststadt die Pläne Anfang Februar nicht vollständig vor. Nun setzen die Windbefürworter auf ein Schlupfloch, das der Regierungsbeschluss vom Dienstag offenhält: Wenn die Gemeinde in einem Bebauungsplan die Ausnahme von „10H“ festlegt, „kommt es zu einem befriedenden Ausgleich der unterschiedlichen Interessen“, lässt Minister Herrmann wissen. Doch wie dieser Ausgleich abläuft, weiß bislang weder das Bau- noch das für Landesplanung zuständige Heimatministerium. Außerdem grübeln Juristen seit dem Kabinettsbeschluss über der Frage, was

„vollständig eingereichte Anträge“ sind.

Kein Wunder, dass sich der Regionalplaner von der Regierung im Stich gelassen fühlen, wie bei der Sitzung des Planungsausschusses Industrieregion Mittelfranken (PIM) am Montag zu spüren war. Seit dem 16. Oktober 2013 wartet der PIM vergebens auf einen Brief aus München zur Frage, wie es weiter gehen soll mit der Regionalplanung Wind. Die treibt der PIM kräftig voran, seit die Staatsregierung 2012 ihr „Energiekonzept“ verkündete. Denn auch besagter Bürgerwindpark Lonnerstadt würde dazu beitragen, die von der Regierung geforderten 1500 Windkraftanlagen in Bayern zu erreichen.

PIM-Geschäftsführer Thomas Maurer konnte am Montag in seinem „Sachstandsbericht Windkraftkonzeption“ nicht sagen, wie es grundsätzlich weitergeht mit den Windrädern in seinem Planungsgebiet. Denn selbst für genehmigungsreife Regionalpläne seien ständig neue Stichtage im Gespräch, berichtete Maurer. Die 18. Änderung des Plans der PIM ist zwar noch nicht beschlossen, aber er arbeite bereits die „100 Seiten Einwendungen seriös auf“. „Wir haben die Vorranggebiete im Konsens festgelegt und könnten loslegen – dürfen aber nicht“, ergänzte Erlangen-Höchststadtscheidender Landrat und PIM-Vorsitzender Eberhard Irlinger (SPD). > HEINZ WRANESCHITZ

**BSZ** Bayerische Staatszeitung  
und Bayerischer Staatsanzeiger

**BSZ** ABO

Jede Woche Aufträge sichern mit dem Bayerischen Staatsanzeiger

12 Monate für 88 €  
[www.BSZ.de/abo](http://www.BSZ.de/abo)

**Baufträge aus Bayern**

Bayern baut - Wir wissen wo

Telefon: 089 / 29 01 42 - 59 o. 69 Fax: 089 / 29 01 42 - 90 Mail: [vertrieb@bsz.de](mailto:vertrieb@bsz.de)